

Argumentationskarte für Wahlkämpfer*innen

Thema: Gute Arbeit

Was sagt DIE LINKE?

1) Arbeit darf nicht arm machen – gegen Lohndumping und Werkverträge: Wir wollen ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro für Landesbeschäftigte, öffentliche Aufträge und Träger, die öffentliche Zuwendungen erhalten. Der Missbrauch von Werkverträgen, Leiharbeit und Mini-jobs muss gestoppt und die Einhaltung von Tarifverträgen durchgesetzt werden. Bei öffentlichen Aufträgen muss mit gutem Beispiel vorangegangen werden.

2) Mehr öffentliche Investitionen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen: Statt für die schwarze Null zu sparen, wird mehr in Schulen, Krankenhäuser, Bus und Bahn investiert – das schafft mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze. Öffentliche Beteiligungen schützen Arbeitsplätze in der Industrie und fördern umweltschonende Techniken. Wer länger als ein Jahr erwerbslos ist, findet dauerhaft neue gute Arbeit in einem öffentlichen Beschäftigungsprogramm – finanziert auch aus Mitteln für Hartz IV.

3) Arbeit und Leben vereinbar machen: Für bessere Planbarkeit wollen wir sachgrundlose und Kettenbefristungen abschaffen, Arbeitszeit verkürzen und Eltern die Rückkehr zu einer Vollzeitstelle garantieren. Das Land unterstützt Betriebsräte und schützt sie vor Übergriffen der Arbeitgeber. Das hilft den Beschäftigten, ihre Interessen am Arbeitsplatz durchzusetzen.

Was sagen unsere Gegner?

1) Weg mit öffentlichen Auflagen: CDU und FDP sagen: „Tariftreue und Umweltauflagen sind bürokratische Zumutungen für Arbeitgeber. Sie gehören abgeschafft, damit NRW den Abstand zu anderen Bundesländern aufholen kann.“

DIE LINKE entgegnet: Diese Argumentation ist falsch. Beim Mindestlohn hat sich gezeigt: Die Behauptung, wonach öffentliche Auflagen Arbeitsplätze vernichten und die Ökonomie drosseln, ist falsch.

2) Es fehlt das Geld: Unsere Gegner sagen oftmals, mehr öffentliche Ausgaben seien nicht finanzierbar.

DIE LINKE entgegnet: Doch, durch wirksame Besteuerung von großen Vermögen, Höchsteinkommen und Unternehmensgewinnen, wie es DIE LINKE im Bund fordert, sind mehr öffentliche Ausgaben finanzierbar.

3) Geflüchtete als Arbeitsplatzkonkurrenten: Unsere Gegner behaupten oftmals, Geflüchtete würden immer die Arbeitsplatzkonkurrenz verstärken.

DIE LINKE entgegnet: Arbeiten dürfen Geflüchtete erst mit Asylstatus. Wirksame soziale Standards wie ein höherer und gut kontrollierter Mindestlohn schützen alle vor Lohndumping und schlecht bezahlten Jobs, so dass Geflüchtete nicht als Lohndrücker missbraucht werden können.

Mehr Infos gibt es in den Abschnitten II/1, II/2, III/1, III/2 des Landtagswahlprogramms auf <http://wahl2017.dielinke-nrw.de/nc/programm/inhalt/>.